



VORTRÄGE IM LEIBNIZSAAL  
DER BERLIN-BRANDENBURGISCHEN AKADEMIE  
DER WISSENSCHAFTEN  
AM 18. JUNI 2022

JAMES SHEEHAN

ZUR UKRAINE-DISKUSSION

---

Heutzutage reden alle von einer Zeitwende, von einer tektonischen Verschiebung in der Geschichte Europas. Der Krieg in der Ukraine sollte die Schaffung einer neuen internationalen Ordnung sein, ein Bruch nicht nur mit der Ordnung nach dem Kalten Krieg, sondern auch mit der europäischen Ordnung, die nach 1945 Gestalt anzunehmen begann. Das wäre ein Wendepunkt in der langfristigen Entwicklung, kurz gesagt, eine Frage der Klimaänderung, nicht des Wetters. Heute morgen möchte ich fragen, was eine solche Klimaänderung in der europäischen Politik bedeuten würde. Was sind die Voraussetzungen und Auswirkungen?

Jede politische Ordnung beruht auf einer Reihe von Erwartungen über das Wesen der Politik – Erwartungen darüber, wie die Politik funktioniert und wie sie funktionieren sollte. Ein Klimawechsel in der europäischen Ordnung muss diese grundlegenden Erwartungen nicht nur in Frage stellen, sondern neue Erwartungen einführen.

In den Jahrzehnten nach 1945 wurden Erwartungen über Politik geprägt vom einem von Politikern und Öffentlichkeit geteilten Glauben an das Primat der Wirtschaftspolitik. Wirtschaftswachstum, Verbesserung des Lebensstandards, Währungsstabilität, Senkung der Arbeitslosenquote – das waren die wichtigsten Ziele der Innen- und

allmählich auch der Außenpolitik. Sie waren die Quelle staatlicher Legitimität und der Maßstab für politischen Erfolg. In der Außenpolitik legte Wirtschaftspolitik nicht nur die Ziele der Politik fest, sondern auch die Mittel. Es wurde angenommen, dass das internationale System wie eine Wirtschaft funktioniert, die auf einem komplexen Netzwerk von Handelstransaktionen basiert. Engere Wirtschaftsbeziehungen verbesserten die Beziehungen zwischen den Staaten. Politische Meinungsverschiedenheiten könnten durch den Einsatz von Wirtschaftsmitteln gelöst oder vermieden werden. Wenn sich Staaten schlecht benahmen, könnten sie mit Wirtschaftssanktionen bestraft werden, nicht mit der Androhung oder Anwendung von Gewalt. Der Primat der Wirtschaftspolitik schuf die bedeutendsten internationalen Institutionen der Nachkriegszeit, insbesondere das, was später die Europäische Union werden sollte. Seine Auswirkungen zeigten sich auch in der abnehmenden Rolle militärischer Institutionen in fast allen europäischen Staaten, gemessen an schrumpfenden Verteidigungsbudgets und dem Ende der Wehrpflicht. Sicherheit, einst als eine Frage der Existenz des Staates angesehen, wurde zu einer Frage des individuellen Wohlergehens.

Es ist bemerkenswert, dass das Primat des Ökonomischen die Revolution in der europäischen Ordnung überlebt hat, die durch die Auflösung der Sowjetunion und das Ende des Kalten Krieges geschaffen wurde. Tatsächlich war die Welt nach dem Kalten Krieg sowohl das Ergebnis als auch die Rechtfertigung der Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit. Russlands widerstrebende Akzeptanz einer vom Westen dominierten europäischen Ordnung war das Ergebnis wirtschaftlichen Drucks – Versprechungen und Drohungen –, nicht militärischer Macht. Viele Dinge haben sich nach 1989 geändert, aber die Erwartungen der Europäer, dass es wirklich auf die Wirtschaft ankomme, waren es nicht. Als Russland nach 1999 immer weniger bereit war, die nach dem Ende des Kalten Krieges geschaffene europäische Ordnung zu akzeptieren, reagierten die Europäer mit wirtschaftlichen Maßnahmen: verstärkte Handelsbeziehungen (insbesondere beim Kauf von russischem Gas und Öl) und Wirtschaftssanktionen als Reaktion auf russische Aktionen in Georgien und der Ukraine.

Wie ein Blitz in einer Sommernacht offenbarte die russische Invasion der Ukraine die grundlegenden Nachteile jahrzehntelanger Wirtschaftspolitik: Handelsbeziehungen führten nicht unbedingt zu engeren politischen Bindungen, Wirtschaftssanktionen erzwangen kein besseres politisches Verhalten. Im April formulierte es die britische Außenministerin so: »Nach dem Kalten Krieg dachten wir alle, dass sich Frieden, Stabilität und Wohlstand unaufhaltsam rund um die Erde ausbreiten würden und dass wir die Lehre der Geschichte gelernt hätten und der Marsch der Fortschritt immer weiter gehen würden. Wir haben nicht Recht gehabt.«

Die Reaktion Europas auf diese neue Situation war schnell und entschieden. Viele Staaten – allen voran Deutschland – kündigten Pläne an, ihre Militärausgaben drastisch zu erhöhen. Die meisten begannen, die ukrainischen Kriegsanstrengungen mit finanzieller Hilfe und Ausrüstung, einschließlich tödlicher Waffen, zu unterstützen. Die NATO zeigte eine ungewöhnliche Einstimmung und Entschlossenheit: Truppen wurden in Staaten entsandt, die möglicherweise von einer russischen Aggression bedroht waren. Schweden und Finnland scheinen bereit zu sein, ihre traditionelle Neutralität aufzugeben und dem Bündnis beizutreten. Am bemerkenswertesten war die Reaktion der Europäischen Union, die der Ukraine Unterstützung versprach und plante, ihre eigene militärische Kapazität erheblich zu erhöhen. »Der strategischer Kompass für mehr Sicherheit und Verteidigung der EU im nächsten Jahrhundert«, ein Positionspapier des Europäischen Rates vom 21. März dieses Jahres ist eine wichtige Quelle für das Verständnis der Möglichkeit einer neuen internationalen Ordnung. Diese Denkschrift spiegelt ein neues Sicherheitsbewusstsein wider, sie verspricht mehr Ressourcen für die Verteidigung, eine bessere Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen, einschließlich der Schaffung einer kleinen europäischen schnellen Eingreiftruppe, die bereit ist, in Krisensituationen einzugreifen. Zusammenfassend stellt dies einen potenziell bedeutenden Neuanfang in der Entwicklung der europäischen Außen- und Militärpolitik dar. Aber es ist auch wichtig zu beachten, was nicht in diesem Dokument steht. Das Wort Parlament kommt auf seinen 47 Seiten nicht vor. Dies

ist eine Regierungserklärung, bürokratisch in Stil und Inhalt. Aber ohne den Rückhalt einer europäischen Öffentlichkeit werden die hier versprochenen Maßnahmen nicht gelingen. Es ist möglich, mit dem bekannten »Demokratiedefizit« der Union zu leben, wenn es um Agrarsubventionen oder Handelspolitik geht. Dies wird nicht zutreffen, wenn es um die Anwendung von Gewalt geht – das heißt, um Leben und Tod.

Und damit sind wir bei der zentralen Frage nach der langfristigen Bedeutung des Krieges in der Ukraine: Hat er die Erwartungen der Europäer daran verändert, wie die internationale Ordnung funktioniert und funktionieren sollte? Sind die Europäer bereit, das Primat der Wirtschaftspolitik durch etwas zu ersetzen, das der Machtpolitik ähnelt, die traditionell ihre Einstellung zur Außenpolitik geprägt hat? Es besteht kein Zweifel, dass die Erwartungen, die die europäische Nachkriegsordnung getragen haben, in Frage gestellt wurden. Haben sie sich aufgelöst und, was noch wichtiger ist, wurden sie durch eine Reihe neuer Annahmen darüber ersetzt, wie das internationale System funktioniert?

Bei dieser Frage, wie bei so vielen anderen Fragen zur Zukunft Europas, kommt Deutschland eine Schlüsselrolle zu. Und das nicht nur wegen seiner Größe, Wirtschaftskraft und Führungsrolle in Europa. Deutschland war der Hauptvertreter und Hauptnutznießer der Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit. Zum Beispiel: Es war die D-Mark, nicht das deutsche Heer, die die deutsche Einigung hervorgebracht hat. Wen wundert es da, dass es den Deutschen schwerfällt, die Erwartungen an die so lange gut funktionierende internationale Ordnung aufzugeben?

Und wir sollten nicht vergessen, dass die Deutschen, so wie die meisten Europäer, mehr als sieben Dekaden Frieden und Wohlstand erlebt haben. Erfolg ist ein größerer Hemmschuh für Veränderungen als Misserfolg. Wir sollten auch nicht die traurige Tatsache außer Acht lassen, dass es nach dem 24. Februar keine Lösung der internationalen Probleme Europas ohne Kosten geben wird. Bei der Wahl von Lösungen geht es darum, welchen Preis wir (und ich meine mit »wir« Alle Europäer und ihre Bündnispartner) zu zahlen bereit sind, wie viel

und für wie lange. Zu den wichtigsten Aufgaben europäischer Staats- und Regierungschefs gehört es, ihre Öffentlichkeit auf diese traurige Wahrheit aufmerksam zu machen und sie auf die Auswirkungen ihrer Entscheidung vorzubereiten.

Schlechtes Wetter oder Klimawechsel? Die Antwort hängt davon ab, ob sich die Erwartungen der Europäer grundlegend ändern und ob sie die Implikationen eines neuen internationalen Systems akzeptieren, in dem die Anwendung von Gewalt eine reale Möglichkeit ist. Dies ist eine Frage der Innenpolitik in den europäischen Staaten und insbesondere in Deutschland. Diese innenpolitischen Veränderungen werden maßgeblich von der Art und Weise bestimmt, wie der Krieg in der Ukraine verläuft und wie – und vor allem, wann er endet. Raymond Aron schrieb, in modernen Kriegen komme es normalerweise nicht darauf an, warum sie beginnen, sondern wie sie geführt werden, was Aron den »Kampf an und für sich« nannte. Und wie wir alle wissen, geht der Kampf um die Ukraine weiter, ein Ende ist nicht in Sicht.